Erscheint täglich
mittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ
inkluſ. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht beziehbar, kostet
monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ
für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene
Petitzeile oder deren Raum
15 ₰, für Vereins-, Versammlungs-
und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags ½10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Post-
zeitungsliste unter Nr. 6849.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Völbergasse.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale. Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 14. Donnerstag den 18. Januar 1894. 5. Jahrg.

Rundschau.

Der preußische Landtag wurde am Dienstag durch den Kaiser in Person mit einer Thronrede eröffnet, die von den anwesenden „Volks"vertretern mit eisigem Schweigen aufgenommen wurde. Der Stil der Thronrede läßt erkennen, daß Herr Miquel ein Hauptmitarbeiter an dem Texte derselben gewesen ist. Die Thronrede beschäftigt sich in der Hauptsache mit der finanziellen Lage, die zwar nicht rosig ist, aber doch in der Thronrede grundsätzlich schwärzer gemalt worden ist, als dies wirklich der Fall. Noch am 12. Januar bezeichnete Miquel im Reichstage das rechnungsmäßige Defizit pro 1892/93 auf mindestens 43 Millionen Mark, die Thronrede ist jetzt bereits auf 25 Millionen herabgegangen. Eugen Richter, der in solchen Sachen etwas versteht (man vgl. den nachfolgenden Artikel), weist nach, daß das Defizit nur dadurch entstanden ist, daß von den Mehreinnahmen aus der neuen Einkommensteuer für drei Jahre je 40 Millionen Mark zur außerordentlichen Schuldentilgung bereit liegen, und diese brauchen nur eingeschränkt zu werden, um das Defizit aufzuheben. Worauf die Schwarzmalerei Miquels in der Thronrede hinausläuft, erfährt man aus folgendem Satze: „Die hieraus erwachsenden Schwierigkeiten können nur durch eine durchgreifende Neuordnung der finanziellen Verhältnisse des Reichs und eine angemessene Vermehrung seiner eigenen Einnahmen gehoben werden." Helfen kann also nur die Miquelsche Reichsfinanzreform! Daraus wird aber nichts werden.

Der weitere Inhalt der Thronrede ist ziemlich belanglos. Er macht zunächst den Beamten, in erster Linie wieder den höheren, leise Hoffnungen auf Gehaltserhöhungen resp. stellt in Aussicht eine Regelung des Aufsteigens im Gehalt nach Dienstaltersstufen. Ebenso werden den Lehrern wieder Hoffnungen gemacht. Nachdem dann von einer Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes gesprochen worden, wird ziemlich ausführlich, die Notlage der Landwirtschaft behandelt, der aufgeholfen werden müsse. Hierzu soll die Gründung von Land-wirtschaftskammern dienen. Den Agrariern wird damit wenig gedient sein.

Das ist der Inhalt der Thronrede. Er konnte wie gesagt nicht einmal einem Abgeordneten ein Zeichen des Beifalls entlocken. Uns erst recht nicht!

„Als in der Militärkommission die Finanzlage geprüft wurde," so schreibt der „Westf. Merck.", „da malte man das natürliche Wachstum der Reichseinkünfte in den größten und rosigsten Ziffern aus und rühmte in den hellsten Tönen den gewaltigen Triumph über die Schwarzmalerei des Herrn Richter. Kaum war das Ziel, nämlich die Durchdrückung der Heeresvergrößerung, glücklich erreicht, da wurde auf der Regierungsseite eine Schwarzmalerei ins Werk gesetzt, die Herrn Richter als den traurigsten Stümper in dieser Kunst erscheinen ließ. Das „natürliche Wachstum der Reichseinnahmen" war spurlos verschwunden, das Reich erschien wie ein Finanzgreis, der sich nicht zu helfen weiß, und die Einzelstaaten paradierten auf wie abgemagerte Kinder, die der Rabenvater Reich um die letzte Hungerkruste bringt. Wenn das entsetzliche Bild der Reichs- und Staatsfinanzlage, das man jetzt mit Trauermusik ausstellt, schon vor der Entscheidung über die Militär-Vorlage entrollt worden wäre, so würde sie hübsch gescheitert sein."

Armee und Sozialdemokratie. Ueber dieses Thema schreibt die Leipziger Zeitschrift „Grenzboten" in einem Artikel „Neue Ziele, neue Wege" u. a.: „Vorläufig allerdings bildet das Heer noch ein Gegengewicht gegen die Zersplitterung des Volkes in oppositionelle Parteien, denn die preußischen Heereseinrichtungen sind so vortrefflich, daß viele aus oppositionellen Volkskreisen stammende Rekruten durch den Militärdienst dem Staate — wenigstens vorübergehend — gewonnen werden. Allein die offenbare Aengstlichkeit, mit der seit etwa 15 Jahren die Hüter des Staates ihrerseits vor „Verführung" behütet werden, bezeugt nur zu deutlich, wie sehr man sich an leitender Stelle der drohenden Gefahr bewußt ist, es mag gehen, so lange es geht, aber schließlich wird das „Volk in Waffen" von derselben politischen Gesinnung durchdrungen sein, wie das Volk überhaupt." Dazu bemerkt die „Germania": Das haben wir seit 20 Jahren oft warnend gesagt, und nichts rettet daher mehr vor der sozialen Flut, wenn erst die Mehrheit des Volkes sozialdemokratisch ist.

Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand — so denken offenbar viele Offiziere, die aus irgend welchem Grunde ihre militärische Karriere aufgeben und nun kraft ihrer militärischen Schneidigkeit sich zu allen möglichen bürgerlichen Aemtern zu qualifizieren glauben. Wie der Berliner „Volksztg." gemeldet wird, verläßt der Bibliothekar des Reichstags demnächst seine mit 4500—6200 M. und Wohnungsgeldzuschuß dotierte Stelle. Für diesen Posten, der ungemeine Sachkenntnis erfordert, haben sich nicht nur eine Reihe Fachleute, sondern auch Professoren, Oberlehrer und dergl. und mehrere Offiziere gemeldet. Die Herren [illegible] Reichstags vorstehen zu können, [illegible] der Bibliothek des sondern auch ein sehr tüchtiger Fachmann sein muß. Dazu reicht aber die militärische Schneidigkeit und Kenntnis des Rekrutendrills nicht aus.

Kassierte Wahl. Aus München wird gemeldet: „Die Regierung kassierte die zu gunsten der Sozialdemokraten ausgefallenen Arbeitgeberwahlen zu dem Gewerbegericht, weil die antisozialistischen Wahlzettel äußerlich kenntlich waren." — Also wegen der Mogeleien der ordnungsparteilichen Arbeitgeber mußte die Wahl für ungültig erklärt werden.

Kapitalistische Sparsamkeit. Aus Dortmund wird der Berliner „Volksztg." geschrieben: Das Oberbergamt macht bekannt, daß das Schießverbot, wogegen sich die entschiedene Abneigung der Zechenbesitzer richtet, nicht als allgemein gültige Polizeiverordnung aufzufassen sei, sondern als eine Vorschrift, die für die einzelnen Gruben von Fall zu Fall nach vorliegendem Bedürfnis, zunächst für die Schächte Westfalia und Kaiserstuhl der benachbarten Zeche Westfalia, auf welch letzterem im verflossenen Sommer noch infolge einer größeren Explosion 62 Bergleute getötet, 7 schwer und 8 leicht verletzt wurden, eingeführt werden soll. In dieser Form wird die Vorschrift die Bergleute noch weniger zufrieden stellen.

Schlechte Zeiten — gute Geschäfte. Was die Bankiers verdienen, beweisen die Tantiemen von nur sechs Berliner Banken in den Jahren 1888 bis 1891. Es betrugen dieselben bei der

Diskontogesellschaft	7 712 159 M.
Deutsche Bank	5 160 413 „
Handelsgesellschaft	3 750 588 „
Dresdener Bank einschl. Gratifikation	3 691 357 „
Darmstädter Bank	3 411 430 „
Nationalbank für Deutschland	1 954 366 „
	26 680 313 M.

Also über 26½ Millionen Mark haben die Vertreter von nur sechs Aktiengesellschaften, mithin wenige Persönlichkeiten, in vier Jahren aus ihren Gesellschaften herausgezogen. Welche Summe von Unsittlichkeit sich hinter diesen Zahlen verbirgt, daran denkt unsere bürgerliche Gesellschaft nicht!

Eine Erbschaftssteuer ist — in Deutsch-Ostafrika durch Verordnung des Gouverneurs eingeführt worden. Dieselbe wird erhoben von dem Nachlaß der Eingeborenen und zwar von 2 Proz., falls der Nachlaß auf Erben der ersten Klasse übergeht, sonst von 5 Proz. Bei der Regelung der Hinterlassenschaft seitens des Bezirksamtmannes sollen stets 5 Proz. der Aktivmasse erhoben werden. Diese Wilden sind doch bessere Menschen, die opponieren wenigstens nicht wie unsere deutschen Geldsäcke.

Wie Afrika „zivilisiert" wird. Wir lesen in der „Vossischen Zeitung": „Nach einem uns übermittelten Drahtbericht aus Kapstadt sind einige vom Sambesi kommende europäische Reisende von Matabele in Inyoya ermordet worden. Bisher hatten die Matabele sich nie an Weißen vergriffen: selbst nach Ausbruch des Krieges hatte König in Freiheit gelassen, sie nicht einmal als Geiseln mit sich genommen. Die brutale Art der Kriegführung durch die Südafrika-Gesellschaft, die Labouchère im britischen Parlament in schärfster Weise kritisierte, die Niederschießung von 3000 Schwarzen durch die Maximgeschütze, scheinen auch bei den Matabele einen Gesinnungsumschwung bewirkt zu haben, unter dem leider unschuldige Reisende büßen müssen." Ein Kommentar wäre eine Abschwächung.

Chauvinismus in der Schweiz. In St. Gallen kam es am Sonnabend abend zu einem argen Skandal. Veranlassung dazu war der Umstand, daß eine Anzahl dortiger Offiziere einen Ball gab und sich dazu von einer deutschen Musik (die Regimentsmusik aus Weingarten) aufspielen ließ. Das wurde in mehreren Kreisen unliebsam vermerkt. Der Skandal dauerte bis nachts 3 Uhr; die Polizei war, trotz ihrer Bemühungen, ohnmächtig dagegen, doch hat sie sich die Hauptschreier gemerkt und einige auch verhaftet,

---

51] **Das Drama von Melbourne.**

Roman von F. W. Harme. Deutsch von A. Geisei.

[Nachdruck verboten.]

30. Kapitel.

Als Calton tieferschüttert das Schriftstück aus der Hand legte, sagte Allan leise:

„Gottlob, so ist er doch kein Mörder gewesen; jetzt kann ich wieder aufatmen!"

„Ich habe ihn nie für schuldig gehalten," sagte Chinston ernst.

„Wenn Sie gleich mir die Existenz dieses unseligen Dokuments gekannt hätten, wären Sie vermutlich zu demselben Schluß gekommen wie ich," warf der junge Irländer ein, und Chinston mußte ihm beipflichten.

„Und ich habe recht gehabt," rief Kilsig triumphierend: „Moreland ist der Mörder!"

„Ja," nickte Calton, „ich hätte es nicht geglaubt, aber was soll nun werden?"

„Ei nun, ich arretiere Moreland," sagte der Detektive gelassen.

„In der That, es wird sich nichts anderes machen lassen," sagte der Advokat trübe, „die arme Magda!"

„Ja, es thut mir selbst leid für die arme junge Dame," gab Kilsig zu, „aber wenn das Gesetz mit der Sentimentalität in Konflikt gerät, muß die letztere unterliegen."

„Aber das bedarf ja gar keiner weiteren Erörterungen," sagte Fitzgerald erregt, „thun Sie Ihre Pflicht und fassen Sie Moreland, bevor er entwischt."

„Und wenn er festgenommen ist, wird er alles ausplaudern," rief Calton zornig, „o, es ist eine verkehrte Welt!"

„Lassen Sie ihn immerhin plaudern," nickte Allan finster, „sobald Magda hergestellt ist, verlassen wir Australien für immer und dann —"

„Aber bedenken Sie doch —"

„Hier ist nichts zu bedenken," sagte Allan hastig, „je eher die Sache abgethan ist, um so besser wird's für Magda und mich sein."

„Sie haben recht," nickte Chinston, „ein rascher Schnitt ist oft weniger schmerzhaft, als das allmählige Loslösen einer wunden Stelle. Wenn Moreland überhaupt noch hier in Melbourne ist?" wandte er sich fragend an den Detektive.

„Das ist er," bestätigte Kilsig, „und zwar so ziemlich gegen seinen Willen. Ich lasse ihn schon seit Wochen bewachen, und so erfuhr ich, daß er gestern nachmittag den Versuch gemacht hat, den Frettlyschen Check zu versilbern; inzwischen ist Herr Frettly gestorben, und infolgedessen verzögerte sich die Honorierung der Anweisung. Wäre dies nicht der Fall gewesen, dann hätten wir vermutlich das Nachsehen," schloß der Detektive gleichmütig.

„Aber Moreland wird alles dran setzen, seinen Zweck zu erreichen," warf Chinston ein, „sollte man nicht lieber die Bank in Kenntnis setzen?"

„Das kann nichts schaden," fiel Calton dem Arzt ins Wort, „am besten wird's aber sein, man wirkt einen Haftbefehl aus und nimmt ihn auf der Bank fest, wenn er sich nochmals dorthin begiebt."

„Den Haftbefehl habe ich bereits in der Tasche," sagte Kilsig ruhig, „als ich auf der Polizei erklärte, wo ich diesen Rock gefunden, und die Herren an Morelands Aussage im Zeugenverhör erinnerte, machten sie keine Schwierigkeiten, mir einen Haftbefehl auszufertigen."

Calton erhob sich. „Ich werde sofort zur Bank hinübergehen," sagte er, „und die nötigen Anordnungen treffen; es ist jetzt 4 Uhr vorüber, und da die Bank um 5 Uhr geschlossen wird, muß ich mich beeilen."

Er entfernte sich und kehrte nach kaum zehn Minuten zurück. „Wir haben Glück," rief er hastig. „Moreland ist auf halb fünf Uhr bestellt, ich habe den Herren von der Bank das Nötige mitgeteilt, und wenn er vorspricht, wollen sie ihn unter dem Vorgeben, der Check müsse, da Herr Frettly gestorben sei, von einem der Testamentsexekutoren unterschrieben werden, in Begleitung eines Kommis hierher auf mein Büreau schicken."

„In der That, das trifft sich prächtig, wenn er nur kommt?" meinte Chinston.

„Weshalb sollte er nicht kommen; er ahnt ja nicht, daß wir sein Geheimnis kennen," sagte Kilsig, „horch, da ist er schon," setzte er hastig hinzu, als jetzt die Vorzimmerthür geöffnet wurde. „Vorsicht, meine Herren."

In der That meldete Caltons Schreiber, es seien zwei Herren von der Bank draußen; der Advokat befahl, dieselben hereinzuführen, und gleich darauf erschien Moreland in Begleitung eines Bankbediensteten. Kilsig und Fitzgerald standen im Hintergrund des Zimmers, so daß Moreland sie nicht sofort bemerkte, während Chinston am Tisch stand und in einem Buch blätterte und Calton anscheinend eifrig schreibend an seinem Pulte saß.

„Womit kann ich dienen?" fragte Calton aufblickend.

„Der Herr hier war wegen eines Checks, den der verstorbene Herr Frettly ausgestellt hat, auf der Bank," sagte der Bankbedienstete, „und der Kassierer läßt Sie bitten, den Check freundlichst unterschreiben zu wollen, Herr Calton."

„Mit Vergnügen. Sie können gehen," wandte Calton sich an den Mann, der sich eilends entfernte, während Moreland sich dem Pult des Advokaten näherte und seine Brieftasche öffnete. In diesem Augenblick gewahrte er Kilsig und Fitzgerald; er zuckte zusammen und warf einen raschen Blick nach der Thür. Gleich darauf aber hatte er sich gefaßt, und eine gleichgültige Miene annehmend, sagte er kurz: „Herr Calton, ich wünsche Sie unter vier Augen zu sprechen."

„Ei, sollten meine Freunde Ihnen störend erscheinen, Herr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940118-16/fragment/page=0001

als der Hause sich etwas gelichtet hatte. Nach den Berichten der schweizerischen Blätter soll der Skandal sich nicht gegen die deutsche Musik, sondern nur gegen das Ballkomitee gerichtet haben, weil dieses in Verschmähung heimischer Kräfte eine fremde Musik zuzog.

Aus Frankreich. Der Abgeordnete Basly kündigte dem Arbeitsminister eine Interpellation an gegen die Nichtzahlung von Entschädigungen an die Gruben-Inspektoren. — Die 4½prozentige Rente soll in eine 3½prozentige verwandelt werden. Gelingt diese Operation, so bedeutet sie eine bedeutende Verminderung der Zinszahlung an die Staatsgläubiger.

Die belgische Ministerkrisis ist wieder einmal beigelegt — wohl zum achten- oder neuntenmale innerhalb Jahresfrist. In anbetracht dieser Thatsache glaubte man zwar vielerwärs nicht an den Ernst der Krise. Kenner der Verhältnisse betrachteten die Sache diesmal aber doch mit ernsteren Augen. Und in der That, gelang es dem Ministerpräsidenten und seinem Ministerium noch einmal, das Gleichgewicht wieder herzustellen, so dürfte es aber doch das letzte Mal gewesen sein, wenn Herr Beernart in der Frage der proportionalen Wahl zur Volksvertretung dem Drängen der Arbeiter- und liberalen Parteien nicht nachgiebt.

Die Ruhe in Sizilien, von welcher Crispi aller Welt durch den Telegraphen Kunde gab, ist nach seinen eigenen Erklärungen schon wieder futsch — andere Leute haben nie daran geglaubt. Crispi berichtete im Ministerrat über im Distrik Carrara ausgebrochene Tumulte, die er als sehr bedenklich bezeichnete. „Die Bedenklichkeit der letzteren wird allgemein zugegeben wegen der sehr ungünstigen ökonomischen Verhältnisse in Livorno, der jederzeit zu Revolten geneigten Bevölkerung in Pisa, der angeblich fremden Einflüssen unterstehenden Arbeiter in Spezia und der bekanntlich gut disziplinierten Arbeitermassen Carraras," — so berichtet selbst die bürgerliche Presse, nach welcher gestern noch absolute Ruhe herrschte. Heute begnügt sich Crispi auch schon damit, den Aufstand in einem Monat vollständig gedämpft zu haben. Wenn ihm bis dahin das Kunststückchen gelingt, die ökonomischen Verhältnisse Siziliens von Grund aus zu verändern, dann mag er recht haben. Aber da dies nicht möglich ist, wird auch der Aufstand in einem Monat ebensowenig gedämpft sein, wie heute. Vielleicht hat im Gegenteil jener vatikanische Prälat recht, welcher versicherte, im Hochsommer werde die Revolution in Rom ausgebrochen sein.

Daß die Situation sehr kritisch ist, beweisen die zahlreichen bürgerlichen Telegramme, von denen wir nur folgendes wiedergeben wollen!

Rom, 16. Januar. Heute früh läutete in Torano ein bewaffneter Hause Sturm, drang in die Häuser ein und forderte von den Bewohnern Waffen und Munition. Die Ausständigen fahren fort, die Arbeiter zu bedrohen, welche in die Marmorbrüche zur Wiederaufnahme der Arbeit zurückkehren wollen. Auch die Arbeiter der unterhalb Carraras liegenden Marmorbrüche von Piastone wurden durch die Ausständigen von Carrara zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Heute nachmittag 2 Uhr griff das Militär bei Santa Lucia, das einen Kilometer von Massa entfernt liegt, eine bewaffnete Bande von 200 Anarchisten an, welche sich jedoch zurückzog. Die Geschäfte in Massa sind geschlossen, aber die Einwohnerschaft ist durch die Anwesenheit der Truppen beruhigt.

Nach einem anderen Telegramme aus Neapel, wurde Dampfern nach Palermo eingeschifft worden.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung vom 15. Januar, nachmittags 1 Uhr.

(Schluß.)

Preußischer Finanzminister Dr. Miquel: Die Debatte hat sich leider zu sehr in Details verloren. Ich will in diesen Fehler nicht verfallen, sondern noch einmal die großen Gesichtspunkte betonen, von denen wir bei der Vorlage ausgegangen sind. Da steht zunächst fest, daß eine erhebliche Erhöhung der Reichseinnahmen nötig ist. Sie ist bedingt durch die Handelsverträge, welche einen Einnahmeausfall von ca. 35 Millionen bedingen. (Rufe: Sehr richtig! und Leider! rechts.) Auf eine Ausgleichung dieser Summe durch erhöhte Einfuhr ist beim Getreide und Vieh aber nicht zu rechnen. Wir müssen also auf anderem Wege Ersatz schaffen. Darüber hinaus haben wir die Ausgaben für die Sicherung des Reiches durch eine Heeresverstärkung um rund 60 Millionen erhöhen müssen. Auch dafür ist Deckung zu schaffen. Wer aber unsere Verhältnisse beobachtet, kann nicht verkennen, daß die fortlaufenden Ausgaben des Reiches in beständiger Steigerung begriffen sind. Wir haben bei der Reform schon davon absehen müssen, die Mittel für eine regelmäßige Schuldentilgung vorzusehen. Andererseits sind aus dem Hause keinerlei Vorschläge gemacht worden, welche Aussicht auf Verwirklichung hätten. Für eine Reichseinkommensteuer würde sich, wenn ein bezüglicher Antrag zur Abstimmung gelangte, nur eine erschreckend geringe Stimmenzahl finden. Sie ist praktisch undurchführbar, sowohl als selbständige Steuer, wie als Zuschlag zu vorhandenen Einkommensteuern der Einzelstaaten. Möglich wäre sie uns in einem Einheitsstaat. Ich kenne auch keinen Föderativstaat, in dem es eine ähnliche Steuer gäbe. Eine Wehrsteuer wirkt zugleich wie eine Kopfsteuer und wie eine Einkommensteuer. Sie hat die Nachteile beider und ist ebenso undurchführbar wie die Reichseinkommensteuer, wenn sie gerecht veranlagt werden sollte. Wir müssen mit unseren Verhältnissen rechnen und deshalb würde die direkte Besteuerung hier auch keinen Boden haben. Leichter könnte die Durchführung einer Erbschaftssteuer scheinen. Jedenfalls wird auch hier die Besteuerung der Descendenten, Ehegatten und Ascendenten auf große Schwierigkeiten stoßen. Damit würden aber 97 Proz. aller Erbfälle ausgeschlossen bleiben. Außerdem würde zu bezweifeln sein, daß die Steuer gezahlt werden müßte in einem Momente, wo sich die Lage der Familie so wie so erheblich verschlechtert hat. Ganz besonders aber würden die besitzenden Mittelklassen von einer solchen Steuer hart betroffen werden. Eine Biersteuer konnten wir nach der Stellungnahme der Parteien des früheren Reichstages und nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers nicht von neuem vorschlagen. Die Besteuerung des Bieres würde auch ganz verschieden wirken in Norddeutschland und in Süddeutschland. Dieses hat sich bekanntlich die Besteuerung des Bieres für sich vorbehalten. Es blieb uns nur der Tabak. Man hat es so dargestellt, als sei das Rauchen ein reines Genußmittel. Das ist nicht richtig. Es ist zum Teil ein Erholungs-, zum Teil ein die Nerven anregendes Mittel. Damit tritt es aber doch nicht in die Reihe der Nahrungsmittel, es bleibt immerhin ein Luxus, ebenso wie das Weintrinken für große Bevölkerungsschichten weiter Gebiete ein Luxus bleibt. Wir mußten aber Gegenstände gebrauchen, die nicht als Nahrungsmittel gelten, die wesentlich von den wohlhabenden Klassen konsumiert werden. Damit ist das Wort des Herrn Reichskanzlers eingelöst, wenn wir den Tabak heranziehen. Es fragte sich nun bloß noch, in welcher Form die Steuer eingebracht werden sollte. Man sagt, wir hätten nur die bestehende Gewichtssteuer erhöhen sollen. Diese ist aber die ungerechteste Steuer, die ich kenne, und jede Erhöhung müßte ihre Ungerechtigkeit steigern und schließlich den deutschen Tabakbau ganz vernichten. Das durften wir nicht vorschlagen, denn ganze Distrikte von Süddeutschland sind auf den Tabakbau angewiesen. Eine Erhebung der Steuer nach Werthsätzen scheint uns ganz unmöglich, an die Einbringung einer zweiten Monopolvorlage konnten wir nicht denken aus Rücksicht auf unsere Industrie. Es blieb also nur die Tabakfabrikatsteuer, und wir haben auch keinen andern Vorschlag aus dem Hause gehört. Die Opposition gegen die Vorlage bedeutet nichts anderes, als daß die deutsche Nation auf alle Zeiten auf eine höhere Besteuerung des Tabaks verzichtet. Das aber geht nicht an in einer Finanzlage wie der, in der wir uns befinden. Wir könnten einen solchen Verzicht nicht verantworten. Beschlossen Sie es aber doch, so bin ich überzeugt, dieser selbe oder ein anderer Reichstag würde den Beschluß sehr bald revocieren. Die Verhältnisse der Einzelstaaten werden dazu drängen. Es liegen diese nicht überall so günstig, daß man — wie der Kreise von Bremen — sagen möchte, wir wollen lieber eine Steigerung der Matrikularbeiträge als jene Steuer. Ein armes Gebirgsvolk würde durch die Kopfsteuer — und als solche wirken doch die Matrikularbeiträge — doch recht hart empfinden. In Preußen könnten wir dieselben nur durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufbringen. Die Einzelstaaten werden auch mit Recht sagen, das Reich möge die Ausgaben, die es beschlossen, auch selber decken. Ich werde wenigstens, so lange ich Finanzminister bin, darauf hinwirken, daß auch in den Reichs-Finanzverhältnissen Ordnung herrscht. Dazu müssen wir eine Reichsfinanzreform durchführen. Sonst kommen wir nie zu einer Verminderung der Matrikularumlagen. Alle Patrioten, welche das Wohl des Reiches im Auge haben, müssen daher daran mitarbeiten, geordnete Finanzverhältnisse im Reiche herzustellen. Daß sich die Interessenten wehren, nimmt dabei garnicht Wunder. Die Agitation müßte sich nur in angemessenen Grenzen halten, dürfte nicht übertreiben. [illegible] der Wohlfahrt der oder das des einzelnen Standes. Ich habe sogar das Gefühl, daß die Tabaks-Interessenten sich eher schaden. Kommt es dahin, daß 30 Proz. Zuschläge erhoben werden, so wird man im Publikum bald fragen: Weshalb laßt Ihr den Tabak frei? Und kommt — was Gott verhüte — ein Krieg, dann müßten wir zum Monopol greifen. Durch die Annahme der Fabrikatsteuer beugen Sie der Einführung des Monopols vor. Man hat bei der Opposition gegen die Vorlage auch nicht das Interesse der Fabrikanten oder Konsumenten, sondern dasjenige der Arbeiter in den Vordergrund gestellt. Ich kann aber auch diesen Einwand nicht für berechtigt halten. Er stützt sich auf den behaupteten Konsumrückgang. Daß ein solcher infolge der neuen Steuern in erheblichem Umfange und dauernd eintreten werde, kann ich nicht glauben. Die Arbeiterentlassungen haben, wenn sie eintreten, ihren Grund in anderen Dingen. Es ist schon erwähnt worden, daß heute schon mit aller Kraft produziert wird, um Vorräte zu schaffen, daß viele Private sich schon heute mit Vorräten versehen. Das wird nicht verhindert werden können. Man hat ja jetzt schon über zu lästige Kontrollen geklagt. Ich halte diese Klagen nicht für berechtigt, aber wir werden doch in der Kommission uns den Erwägungen nicht verschließen, inwieweit sie gemildert werden können. Man sagt, die Hausindustrie werde vernichtet. Vom gesundheitlichen Standpunkt kann man die Mehrzahl der hausindustriellen Betriebe nicht als einen Segen betrachten. Die in ihnen beschäftigten Arbeiter sind im Grunde auch nichts Anderes als gewöhnliche Arbeiter. Ein erheblicher Rückgang des Massenkonsums aber wird auf die Dauer sicher nicht eintreten, denn es wird ja von der Steuer fast garnicht getroffen. Es wird höchstens eine Verschiebung des Konsums nach der Preislage von oben nach unten eintreten. Es ist ja eine Thatsache, daß man sich sehr schnell an eine andere Sorte Zigarre gewöhnt. (Heiterkeit.) Man wird vielleicht statt einer Fünf- eine Vierpfennig-Zigarre rauchen, der Massenkonsum aber wird sich eher steigern als mindern. (Lachen links.) Man sagt: Warum greift Ihr nicht eine Equipagensteuer vor? Werden aber dann nicht sehr bald die Wagenbauer kommen und sich beklagen? (Sehr richtig! rechts.) Ich will damit aber nicht gesagt haben, daß die Regierung prinzipiell gegen Luxussteuern sei! (Heiterkeit.) Sie werden aber geeigneter sein, wenn es sich darum handelt, kleinere Beträge aufzubringen. Gewissen Leuten kann man es bei Steuervorschlägen nie recht machen. Heute hält man uns in Preußen entgegen, wir vertrieben die reichen Leute, morgen sagt man hier, wir schädigten die Aermeren. Von einer systematischen Belastung der unteren Volksklassen kann aber in keiner Weise die Rede sein. Gewisse Verschiebungen in der Tabakfabrikation werden allerdings die Folge der Steuer sein, aber sie werden sich leicht ausgleichen lassen, und keinesfalls ist eine Uebersiedelung ganzer Industrien von Norddeutschland nach dem Süden zu befürchten. Den 30 000 brotlos werdenden Tabaksarbeitern aber kann man leicht 100 000 Tabakbauern entgegenstellen, deren Erträge schon beständig zurückgegangen sind. (Sehr richtig! rechts.) Bei der allgemein schlechten Lage der Landwirtschaft muß man sich doch besinnen, einen Zweig derselben durch ein Steuergesetz einfach zu vernichten.

Baron v. Arnswaldt-Hardenbostel (Welfe) erklärt, seine Freunde hätten nach reiflicher Ueberlegung beschlossen, gegen das Gesetz zu stimmen.

Weber-Heidelberg (natl.) stimmt der Vorlage im Prinzip zu, da sich nach seiner Ansicht nur in dem hier vorgeschlagenen Rahmen eine höhere Belastung des Tabaks ertragen lasse. Eine bloße Zollerhöhung werde keine günstige Wirkung haben. Sage man jetzt mit gewissem Recht: Wo man raucht, da kannst Du ruhig harren, gute Menschen rauchen nur Zigarren, werde man nach Annahme des Gesetzes sagen dürfen: Nach dem Pfälzer kannst Du ruhig greifen, gute Menschen rauchen nur noch Pfeifen. Der Tabakbau werde eben wesentlich gefördert werden. Die grellste Agitation dagegen schädige vor allem die Interessen der Tabakarbeiter. Durch die Annahme der Vorlage würde dagegen die Entlassung von Arbeitern auf die Dauer verhütet. Träte eine solche aber dennoch ein, so würde sie vornehmlich jugendliche Arbeiter betreffen. (Oho! links.)

Richter (freis. V.); Die Rede des preußischen Finanzministers mag noch so vortrefflich sein, auch die vortrefflichste Rede eines Advokaten vermag einen Delinquenten nicht vom Tode zu erretten. Hätte die Tabakfabrikatsteuer wirklich die Vorzüge, die sie haben soll, so müßte sie ja schon um dieser willen längst eingeführt worden sein. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister aber wartete damit, bis der Ausfall infolge der Handelsverträge kam und bis wir die Kosten einer Militärvorlage zu decken haben. Bezüglich des ersteren Arguments weise ich darauf hin, daß er auch schon den Ausfall infolge des russischen Handelsvertrages mit in Rechnung gezogen hat, und daß man uns in der vorjährigen Militärkommission gesagt hat, die Ausfälle würden sich binnen wenigen Jahren durch erhöhte Einfuhr ausgleichen. In seiner Etatsrede im preußischen Abgeordnetenhause hat ja auch derselbe preußische Finanzminister im vorigen Jahre geäußert, in Preußen würde die Wirkung der Handelsverträge ganz ohne Belang sein. Soweit aber für Preußen Ausfälle entstehen, sind sie doch bereits durch die Vermögenssteuer gedeckt. Der Finanzminister fordert somit hier eine doppelte Deckung. Wenn der Finanzminister meint, unsere Vorschläge taugen nichts, denn sie fänden keine Mehrheit, so kann ich ihm entgegenhalten, sie seien immer noch so gut wie die der Regierung, denn auch sie findet ja keine Mehrheit. (Heiterkeit.) Die Vorschläge der Regierung belasten gerade die mittleren und kleinen Leute, dies trifft nicht nur bei der Tabaksteuer, sondern auch bei der Weinsteuer und dem Quittungs- und Frachtbriefstempel zu. Die Tabakfabrikatsteuer halte ich für doppelt verwerflich, weil sie noch die lästigen Kontrollen nach sich zieht. Die Ausführungen des Finanzministers Miquel gleicht der des Dr. Eisenbart. Er beschwert sich über die Agitation, und doch hat gerade er sie entfesselt. Seine Offiziösen haben zuerst das Volk aufgeregt. Die Tabakinteressenten haben eher zu spät als zu früh mit der Agitation begonnen. Der Minister hat ja auch heute gemeint, nur durch Annahme der Vorlage schaffe man der Industrie Ruhe. An einer anderen Stelle meinte er, lehne man die Vorlage ab, so verzichte man auf alle Zeit auf die Erzielung höherer Erträge aus dem Tabak. Nahe wird die Industrie vielleicht bekommen, aber es wird die Ruhe des Kirchhofes sein. (Oho! rechts.) Wir wollen dazu nicht beitragen und möchten die Vorlage daher gleich im Plenum abgelehnt sehen. Die Kommissionsberatung scheint uns nur eine andere Art des Begräbnisses, ein Begräbnis erster Klasse. (Heiterkeit.) Die Drohung mit der Erhöhung der Matrikularbeiträge kann mich nicht schrecken. Man kann den Steuererhöhungen in den Einzelstaaten die Härten nehmen, indem man die Zuschläge auf verschiedene Steuern legt. In Preußen haben wir ja so wie so noch das Plus von 45 Millionen an Einkommensteuer, die kapitalisiert werden. Der Reichstag braucht sich auch nicht durch den Hinweis auf die bevorstehenden Manifestationen der Einzellandtage beeinflussen zu lassen. Wir sind doch nicht aus der vierten Dimension hierher gekommen, sondern von denselben Einzelstaaten aus hergeschickt. Nach den Ausführungen des Herrn Fritzen würden zudem auch nur ca. 9 Millionen durch Matrikularbeiträge zu decken sein. Dazu braucht man doch nicht ganze Industrien zu

---

Moreland?" fragte der Advokat spottend, „ich dächte, die Herren müßten sich doch noch von der Gerichtsverhandlung her kennen? Aber bitte, Herr Moreland, nehmen Sie Platz" und dabei schob Calton dem Mörder den Stuhl hin, über dessen Lehne der Rock des Ermordeten hing.

„Zum Teufel, wie kommt der Rock hierher?" rief Moreland, tödlich erschrocken, indem er mit verglasten Augen das verhängnisvolle Kleidungsstück anstarrte.

„Ah, Sie kennen den Rock also?" fragte Calton gelassen. „Sie wissen also nicht, wie derselbe hierher kommt?" — „Nein," stammelte Moreland matt. — „So will ich's Ihnen sagen. Herr Kilsig fand den Rock in den Fitzroygärten und brachte denselben hierher als Strick für den, der den Mord an Oliver Weyß begangen hat." — „Entdeckt," stöhnte Moreland, beide Hände vor's Gesicht schlagend; „so nahe am Ziel, und nun doch alles umsonst! Aber ich ergebe mich nicht so leicht," fuhr er mit wiedererwachender Energie fort, „man kann mir nichts beweisen —." (Schluß folgt.)

Kleines Feuilleton.

Eine große Feuerkugel wurde am Abend des 6. Januar an vielen Orten des westlichen Deutschlands und in Belgien gesehen. Der Moment des Erscheinens wird ziemlich übereinstimmend auf einige Minuten vor 8 Uhr (mitteleuropäische Zeit) angegeben. Ein erfahrener astronomischer Beobachter in Osterath giebt die Zeit auf 7 Uhr 55 Min. bis 57 Min. an, so daß mit großer Annäherung 7 Uhr 56 Min. dafür gesetzt werden kann. Nach den vorliegenden Berichten war die Helligkeit des Meteors sehr bedeutend. Der „Beobachter" in Osterath schreibt: „Die Feuerkugel erleuchtete die ganze Gegend, hatte nahezu halbe Vollmondgröße, fiel langsam 2½ bis 3 Sekunden lang, leuchtete zwei- oder dreimal hell auf in grünlichem Licht und zog eine rötliche Flamme nach. Sie hinterließ einen hellen, aber bald nach dem Erlöschen der Feuerkugel ebenfalls verschwindenden Streifen." Die grüne Farbe des Meteors wird auch von andern Beobachtern bestätigt, so in einem Bericht aus Hellenthal in der Eifel. Ein Beobachter in Koblenz sah dagegen das Meteor bläulich weiß, nach seinem Verschwinden erblickte er noch während einer halben Minute einen rötlichen Lichtstreifen. Ueber den scheinbaren Ort der Erscheinung und über den Lauf der Feuerkugel am Himmel oder mit Rücksicht auf die Weltgegenden sind die Berichte leider sehr ungenau und meist unverwendbar.

Ein weiblicher Bürgermeister. Aus London wird der „Frkf. Ztg." vom 14. ds. geschrieben: Während das Unterhaus noch schlüchtern die Frage erörtert, ob Frauen einen Sitz in lokalen Vertretungskörpern einnehmen können, hat die Stadt Ohnehunga in Neuseeland eine Frau, Mr. Yates, zum Bürgermeister gewählt. Es ist dies der erste Fall gleicher Art im britischen Weltreich. Der Gatte der Gewählten, Kapitän Yates, war vor einigen Jahren Bürgermeister desselben Ortes. Mit diesem Amte ist gewöhnlich auch das des Friedensrichters verbunden; man ist gespannt darauf, ob Mrs. Yates dieses Amt gleichfalls übertragen werden wird. Brennender noch als diese Frage ist aber für die Bevölkerung Onehungas die nach dem Titel ihres städtischen Oberhauptes. Soll Frau Yates „Mayor" oder „Mayoress" genannt werden? Die meisten entscheiden sich für das erstere; sie ist als Bürgermeister gewählt worden, darum gebührt ihr die Bezeichnung als solcher; „Bürgermeisterin" war sie, als ihr Mann das Amt bekleidete.

Ueber die Geschichte einer Schuld berichtet das „Posener Tageblatt" folgendes: Vor hundert Jahren hatte der Magistrat unserer Stadt für den damaligen Erbherrn von Rawitsch, Grafen Mycielski, einen Wechsel von 90 000 Dukaten ausgestellt. Da der Graf zahlungsunfähig wurde, sollte die Stadt Rawitsch für ihn eintreten. Ihre Finanzlage gestattete dies aber nicht. Die Gläubiger für jene Forderung waren katholische Kirchen, Klöster und ähnliche Stiftungen. Nach den Freiheitskriegen wurde die Schuld eingeklagt und die Stadt zur Zahlung verurteilt. Da nun kein Kommunalvermögen vorhanden war, fing man an, die Bürger einzeln zu pfänden. König Friedrich Wilhelm III. stiftete durch eine Kabinettsordre die Einzelpfändung und verwies die Gläubiger an die Staatskasse. Diese wurde nun in gewissen Zeitabschnitten auf Antrag der Gläubiger einer strengen Revision unterworfen. Dieser Zustand lastete schwer auf der Stadt und hemmte ihre Entwickelung. Vor zwei Jahren endlich verjährte die Forderung und seitdem atmet die Stadt Rawitsch auf.

Ohne Liebe. Es giebt eine Stadt auf unserer alten Erde, in welcher die Herzen nicht für einander schlagen, die Sinne nicht in Liebe und Leidenschaft entbrennen. Diese Stadt ohne Blut und ohne Sonne heißt Volkaia Maika und liegt in Sibirien, im Bezirke Jakutsk. Die unglücklichen Bewohner, etwa 1000 Männer und Frauen, gehören der religiösen Sekte der Stoybzy an, die wegen ihres religiösen Bekenntnisses nach Sibirien verbannt wurden. Den Stoybzy (Kastraten) ist die geschlechtliche Liebe durch den Glauben, den sie sich selbst geschaffen haben, auf das Strengste untersagt. Ein Petersburger Forscher, der soeben von einer Reise durch Sibirien heimgekehrt ist, giebt fesselnde Aufschlüsse über das Leben jener traurigen Sekte, die für psychologische und sozialogische Studien ein weites Feld bietet. Volskaia-Maika befindet sich in einem Zustande musterhafter Ordnung und Sauberkeit; breite und reinliche Straßen, solide Häuser, meist hellfarbig, aber ohne die geringste Spur von künstlerischem Geschmack, verleihen der Stadt ein fast freundliches Aussehen. Die Bewohner haben eine Vorliebe für die hellen Farben, besonders für die weiße. Die Möbel in den Häusern sind weiß oder sehr hell, auch die Kleidungsstücke — Männer und Frauen tragen dieselben Gewänder — sind weiß, und weiß ist auch die Fahne, die stets auf dem Rathausdache flattert. Was aber auf den Besucher den tiefsten Eindruck macht, ist die Grabesstille, die in der Stadt herrscht. Kinder giebt es natürlich nicht, die Erwachsenen sprechen fast garnicht mit einander, und was sie sprechen, wird im Flüsterton gesagt. Sehr gastlich und zuvorkommend, bieten sie alles auf, um dem Fremden den Aufenthalt angenehm zu machen, man wird höflichst ersucht, nicht zu rauchen und nicht alkoholische Getränke zu verlangen. Der Besucher findet aber an einem längeren Aufenthalte in der merkwürdigen Stadt kein Vergnügen. Wie geht aber die Wiederbevölkerung von Volskaia Maika vor sich? Jedes Jahr schwärmen die Vornehmen der Stadt in Rußland herum und werden neue Anhänger, die bald nach ihrer Ankunft als Kinder adoptiert werden und später das ganze Vermögen dieser niemals Väter gewesenen „Väter" erben. Die Bewohner von Volskaia sind sehr arbeitsam, ehrlich und so sanftmütig, daß sie von den Bewohnern umliegender Ortschaften nur „Galuby" (Tauben) genannt werden. Niemals kommt ein Streit vor, niemals eine Bluthat. Es giebt keine Gerichte, keine Polizei, keine Gefängnisse und . . . keine Zeitungen; und alle bezahlen pünktlich ihre Steuern. Und das alles, weil es keine Liebe in Volskaia-Maika giebt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940118-16/fragment/page=0002

beunruhigen. Der Generalpostmeister hat ja auf dem Bankett des Handelstages, dem der Finanzminister ja auch beigewohnt hat (Heiterkeit), darauf hingewiesen, daß seine Verwaltung 4 Millionen Ueberschüsse erzielt hat. Befinden wir uns wirklich in besseren Verkehrsverhältnissen, so kann die Sache also garnicht so schlimm sein. Besser aber, wir kehren mit leeren Händen zu unseren Wählern zurück, als mit dieser Tabakfabrikatsteuer. (Beifall links.)

Preußischer Finanzminister Dr. Miquel: Herr Richter stellte es so dar, als suchte ich hier nochmals Deckung für einen in Preußen bereits gedeckten Ausfall an Ueberweisungen. Das ist nicht der Fall. In Preußen handelte es sich um Ausfälle infolge der Ueberweisung der Realsteuern. Ich glaube, die preußischen Kommunen können zufrieden sein, daß der Landtag hier unseren und nicht den falschen Ratschlägen des Herrn Richter gefolgt ist. Jedenfalls wird uns Herr Richter angesichts eines Mehrbedarfs von 60 Millionen nicht einfach auf die Zukunft vertrösten. Für ihn muß doch Deckung geschaffen werden, und da kommt er um die Tabakfabrikatsteuer garnicht herum. Einzelfragen in der Vorlage werden wir in der Kommission erwägen können. Der Notwendigkeit, den im Rückgange befindlichen Tabakbau zu heben, können wir uns aber in keinem Falle verschließen. Wie empfindlich die Abwälzung auf die Einzelstaaten sein kann, erhellte daraus, daß wir vor 5 Jahren 80 Millionen Ueberweisungen über den Betrag der Matrikularbeiträge hinaus gehabt haben, daß aber der nächste preußische Etat ein Mehr an letzteren im Betrage von 35 Millionen aufweist, das ist ein unhaltbarer Zustand. Das Mehr an Einkommensteuer ist, wie Herr Richter wissen muß, mit zur Ueberweisung der Realsteuern verwendet worden. (Abg. Richter: Erst 1895!) Die Herren vom Zentrum möchte ich noch darauf hinweisen, daß es immer die parlamentarische Taktik des Herrn Richter gewesen ist, das Zentrum mit in die Opposition zu ziehen. Ich hoffe aber, in diesem Falle werden parlamentarische Kunststücke nicht verfangen. (Heiterkeit.)

Frhr. Zorn v. Bulach (K., Els.) weist aus der Statistik den Rückgang des Tabakbaues und der Fabrikation in Elsaß-Lothringen nach und folgert daraus die Notwendigkeit einer Neuregelung der Tabaksteuer. Die jetzige hohe Inlandsteuer habe den Rückgang des Tabakbaues veranlaßt. Einen großen Teil seines Wohlstandes verdanke aber Elsaß-Lothringen seinem früher so blühenden Tabakbau. Unter einem günstigen Steuersystem könne sich der inländische Tabakbau so heben, daß wir ebenso guten Tabak produzierten wie das Ausland. Die Belastung durch die neue Fabrikatsteuer sei dagegen gering, sie werde keinen erheblichen Rückgang des Konsums herbeiführen. Es werde auch nicht ohne Kontrollen abgehen, nur müßten sie so gestaltet werden, daß sie nicht chikanös wirkten. Er hoffe, das Gesetz werde für den Tabakbau und für die Industrie günstig wirken.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Die Abgg. Brünings (natl.) und Dr. Sigl (wildtrumontan) bemerken zur Geschäftsordnung, daß es ihnen durch den Schluß der Debatte unmöglich gemacht sei, ihre Stellung zur Vorlage kundzugeben.

Die Vorlage wird darauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen an die Kommission verwiesen, welche bereits mit der Vorberatung der Stempelsteuervorlage betraut ist.

Nächste Sitzung Mittwoch, 1 Uhr (Anträge aus dem Hause, betr. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, betr. Abänderung des Wahlgesetzes; Wahlprüfungen).

Schluß 6¼ Uhr.

Der Prozeß gegen den tschechischen Geheimbund Omladina

ist am Montag in Prag begonnen worden. Die Anklage gegen die unmündigen dummen Jungen lautet auf Hochverrat, Majestätsbeleidigung und Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, ferner auf Geheimbündelei, Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche, Diebstahl, boshafte Beschädigung fremden Eigentums und Betrug. Angeklagt sind Anton Holzbach, 19 Jahre alt, Journalist, und 75 Genossen. Das Alter der letzteren variiert zwischen 21 und 16 Jahren, nur einer ist über 30, nur 19 sind über 20 Jahre; 55 dagegen noch nicht 20 Jahre alt. Dem Stande nach sind die Angeklagten Handwerksgehilfen, Arbeiter, einige Journalisten, zwei Advokatur-Konzipienten und zwei Studenten. Als Zeugen sind 100 Personen, darunter 27 Polizeiorgane vorgeladen.

In den Gründen der Anklageschrift werden zunächst die Demonstrationen am Vorabend des Geburtsfestes des Kaisers, 17. August 1893, geschildert, bei welcher Gelegenheit zahlreiche, den Monarchen und dessen Familie beleidigende, zumeist hektographierte Zettel verbreitet wurden. Diese Demonstrationen waren von mehreren Personen vorbereitet; dabei hat der Geheimbund „Omladina" die Hauptrolle gespielt. Die Anklageschrift verbreitet sich des Längeren über die Entstehung, den Zweck, die Organisation und die Thätigkeit dieses Geheimbundes. Die Zahl der Mitglieder der „Omladina" betrug 720. Der Verein hatte Ortsgruppen in Jungbunzlau, Pilsen, Budweis, Reichenberg und Kladno und unterhielt Beziehungen zur „Omladina" in Wien, Galizien mit einzelnen Ruthenen, Serben und Slovenen. Nach den Aussagen einiger Angeklagter unterhielt die „Omladina" freundschaftliche Beziehungen zur jungtschechischen Partei. Einige jungtschechische Abgeordnete besuchten vertrauliche Sitzungen der „Omladina". Zu den eifrigsten Mitgliedern zählten Ziegloser, Holzbach, Rybak, Weigert und Duda. In den Versammlungen wurde u. a. die Besudelung der Statue Franz I. beschlossen und zahlreiche Demonstrationen in Szene gesetzt. Die Anklageschrift führt mehrere solche von der „Omladina" inszenierte Tumulte an. Publizistische Organe der „Omladina" waren: „Zeitschrift der fortschrittlichen Studentenschaft", später „Neue Strömungen", die „fortschrittlichen Blätter" und „Reddnistlost". Die Anklageschrift führt sodann die jeden einzelnen Angeklagten belastenden Momente an.

Die Verhandlung begann unter heftigen Protesten der Angeklagten und der Verteidiger wegen Einschränkung der Zahl der als Zuhörer zugelassenen Vertrauensmänner, sowie wegen der Enge des Verhandlungssaales. Seitens einzelner Angeklagter wurden Anträge auf Absonderung des sie betreffenden Verfahrens vom Hauptverfahren gestellt. Der Gerichtshof lehnte alle diese Proteste und Anträge ab; der Vorsitzende wies energisch die aus dem Auditorium kommenden Versuche, die Ruhe zu stören, zurück. Hierauf begann die eigentliche Verhandlung mit dem Aufruf der Angeklagten; einer derselben war nicht erschienen. Der Gerichtshof beschloß den Ausschluß der Oeffentlichkeit, worauf die Verteidiger ihre Vertrauensmänner — zumeist Zeitungsberichterstatter und Abgeordnete — ernannten.

Die Verhandlung am Dienstag begann mit neuerlichen Protesten gegen die Einschränkung der Zahl der Vertrauensmänner. Der Präsident erklärte, er werde, soweit es der Raum zulasse, 50 Vertrauensmännern Zutritt gewähren. Würden die Beschwerden erneuert werden, so würde die Verhandlung immer nur gegen 10 Angeklagte geführt und dadurch möglicherweise auf 2 Jahre ausgedehnt werden. Die Angeklagten müßten dann so lange in Untersuchungshaft bleiben. Hierauf begann die Verlesung der Anklageschrift.

Parteinachrichten.

— Wegen Beleidigung des Redakteurs Tischendorf des „Falkensteiner Anzeigers" wurde Genosse Hans Künzel zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Strafverfolgung Künzels erfolgte seinerzeit als im öffentlichen Interesse liegend, während die Beleidigung Tischendorfs gegen Künzel nicht als solche angesehen wurde, bei denen das öffentliche Interesse beteiligt sei. — Wo bleibt da die Gleichheit vor dem Gesetz?

— Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Richard Calwer, Redakteur des Braunschweiger „Volksfreundes", gegen das ihn wegen Beleidigung der Polizeibehörde zu Braunschweig zu 4 Monaten Gefängnis verurteilende Erkenntnis des Braunschweiger Landgerichts. Calwer hatte in ironischer Weise das Verbot der Polizeibehörde betr. die Aufführung von Sudermanns „Heimat" besprochen.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Tarifkommission der Berliner Steinsetzer und verwandten Berufsgenossen hat den Unternehmern einen Lohntarif zugestellt, in welchem neunstündige Arbeitszeit und für Steinsetzergesellen 60, für Steinhauer 50, für Rammer 45, für Hilfsarbeiter 35 Pf. Lohn für die Stunde gefordert wird. In einer Versammlung am Sonntag wurde beschlossen, unter keinen Umständen von diesen Forderungen abzugehen und es eventuell auf einen Ausstand ankommen zu lassen.

— Der Verein Berliner Hausdiener wird, weil er, entgegen seinem Versprechen, nicht mehr in boykottierten Lokalen zu verkehren, demnächst in den Räumen der Philharmonie einen Maskenball abhalten will, von der Berliner Lokalkommission als eine Vereinigung bezeichnet, welche nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht.

— Der Bundesrat des schweizerischen Gewerkschaftsbundes beruft auf die Osterfeiertage den statutengemäß alle zwei Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongreß. Voraussichtlich werden neben dem Gewerkschaftskongresse noch einige Berufskongresse stattfinden.

— Streiks in Oesterreich. In Brünn stellten am 5. Jan. 76 Dampfstuhlweberinnen bei der Firma Neumark wegen Lohnduckereien die Arbeit ein. — Der Streik der Sammetweber in Mährisch-Trübau dauert ungeschwächt fort. — In Römerstadt traten am 8. d. M. die Weber der Seidenfabrik der Gebr. Schiel in den Streik. Die Winderinnen und Schweferinnen haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Im ganzen streiken 90 Personen. Schnelle Hilfe ist unbedingt notwendig. Zuzug ist fernzuhalten. Unterstützungen sind zu senden an Rob. Krondorfer, Mühlgasse 47.

Lokales und Provinzielles.

Halle a S., 17. Januar.

Zur Gründung eines Arbeiterbildungs-Vereins findet am heutigen Abend (Donnerstag) (s. Inserat in gestriger Nummer) im Saale des „Rosenthal", Weidenplan 4, eine öffentliche Versammlung statt, worauf die Interessenten hiermit noch besonders aufmerksam gemacht werden.

Die Stadtverordnetenwahlen sind noch einer Ergänzung bedürftig, indem bis dem der ersten Wahlabteilung für die Zeit vom 1. Jan. 1894 bis Ende 1897 gewählten Herren Fabrikbesitzer Reinicke und Schlägel die Annahme der Wahl abgelehnt haben, und die Gründe der Ablehnung seitens der Stadtverordneten-Versammlung als berechtigt anerkannt worden sind. Es ist deshalb seitens des Magistrats zur Vornahme der Ersatzwahl auf Mittwoch den 12. Februar von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags Termin anberaumt, und findet die Wahl im Magistrats-Sitzungs-Zimmer (Sparkassengebäude, Rathausgasse Nr. 1, 2 Tr.) statt.

Schießübungen. Das Magdeb. Füsilier-Regiment wird am nächsten Sonnabend den 20. Januar von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Schießübungen mit scharfen Patronen abhalten. Das gefährdete Gelände, begrenzt von der Linie Galgenberg—Nehlitz—Gutenberg—Altrode—Bergholz wird für jeden Verkehr von Menschen und Fuhrwerk durch Militärposten abgesperrt werden.

Stadttheater. Laufs neuester Schwank „Der unglaubige Thomas" geht am kommenden Sonnabend im Abonnement auf Karlsfarbe und in folgender Besetzung der Hauptrollen erstmalig in Szene: Rentier Döll Hans Scheiner, Adelheid Döll Helene Orla, Doktor Wagner Ferdinand Rinald, Gustav Wengelein Ewald Bach, Doktor Puschel Adolf Schmacher, Franziska Döll Fanny Wagner.

Im Walhallatheater hat sich mit dem gestrigen Tage in der Besetzung des Spielplanes wieder ein Wechsel vollzogen, der sicher den Beifall eines weiteren Publikums finden wird; denn wenn auch in dem Etablissement bisher fast ausnahmslos gute Kräfte aufgetreten sind, und damit der Geschmack der Besucher, man möchte sagen verwöhnt worden ist, so dürfen doch auch die gegenwärtig auftretenden Künstler auf Originalität Anspruch machen, wie ihnen auch der Beifall des Publikums in wohlverdientem Maße zu teil wird, wovon allerdings die Little Albertina, Luftgymnastikerin am Riesen-Luftapparat, ihr gutes Teil für sich erntet. Man muß freilich auch zugeben, daß die Leistungen des etwa 8 jährigen Kindes sowohl als gymnastisch-equilibristische Parterre-Akrobatin auf einigen auf schwanker Unterstützung balancierten Stühlen, wie an vorgenanntem Apparat mit gleich erstaunlicher Sicherheit und einer von einer so kleinen Person kaum zu erwartenden Geschicklichkeit ausgeführt werden. Die Brothers Barton, Bronze-Gladiatoren, dürfen in gleichem Maße als im Vordergrunde der neuen Spielplans stehend bezeichnet werden; denn was dieselben an Kraftproduktionen leisten — das Ballspiel mit ½ Zentner-Gewichten ist eine der geringsten darunter — dürfte selbst einem Ben Aliba imponieren. Als Neuheit möchten wir die beiden Schwestern Ferno, Kunstfechterinnen mit Säbel, Rappier und Dolch, bezeichnen; denn in dieser Form hat man wohl noch selten das schöne Geschlecht auf offener Bühne auftreten sehen. Für das studentische Publikum bilden natürlich die Vorführungen der beiden Damen ein wahres Gaudium; wenn man auch besondere Vorbilder sich daran nicht nehmen wird. Lobend zu erwähnen ist dann noch die aus 9 jungen Damen bestehende Frickasche Ballet-Gesellschaft „Columbia", deren Kostüme namentlich in der Schlußpiece, Zuleika im Serail, als glänzend zu bezeichnend sind. Der ganz besonderen Gunst des Publikums erfreut sich außerdem die Liedersängerin und Kostümsoubrette Frl. Lilly Wallau, wie sich auch Herr Karl Ewald Schlosser, der Gesangs- und Charakter-Humorist, von dessen Vorträgen wir nur das effektvolle „Monomono-mono-pol-Kouplet besonders erwähnen wollen, bei den Walhalla-Besuchern eine wachsende Sympathie errungen hat. Zu einer gelungenen Ausgestaltung des Abends trägt schließlich auch das Orchester unter Leitung des Herrn Kapellmeisters Höhne durch exakten Vortrag seiner Aufgaben einen anerkennenswerten Teil bei.

Für die drittletzte Sitzung der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode am morgigen Donnerstag sind zwei verschiedene Sachen zur Verhandlung angesetzt. Im ersten der beiden Fälle handelt es sich um die Anklage wider die verehel. Emilie Trajahn geb. Hemke, verehel. Ottilie Parchmin geb. Richter und verehel. Pauline Pannicke geb. Hemke aus Bitterfeld wegen Unterschlagung und wissentlicher Hilfeleistung zum betrüglichen Bankrott bezw. die Perchmin und Pannicke nur wegen des letzteren Anklagepunktes. Dann kommt zur Verhandlung die Anklage wider den Bergmann Karl Vogel aus Klostermannsfeld wegen wissentlichen Meineids.

Eine Erinnerung an die letzte Reichstagswahl wurde uns dieser Tage in einem Schreiben des Schöffengerichts zu Lobejün wider den Schneider Paul M., gegenwärtig in Remscheid, wegen Hausfriedensbruchs unterbreitet. Der Betreffende war nämlich am Tage der Stichwahl von Halle aus nach dem im Saalkreise gelegenen Dorfe Priester gegangen, um dort dem Wahlakte beizuwohnen. Trotzdem er nun im Besitz einer seitens des Herrn Oberbürgermeister Staude in Halle unterzeichneten Bescheinigung war, daß er in der Liste des 3. Bezirks in Halle als Wähler verzeichnet stehe, war er doch seitens des Wahlvorstehers, des Gemeindevorstehers Hädicke in Priester, aufgefordert worden, sich aus dem Wahllokal zu entfernen, da in der Bescheinigung nicht auch sein Signalement enthalten war. M. hatte jedoch dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, sondern war während des ganzen Wahlaktes im Wahllokal verblieben, wofür er am 13. Dezember v. J. vor dem erwähnten Gericht wegen Hausfriedensbruch zu 15 M. Geldstrafe oder 3 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Natürlich wird der Verurteilte die Sache nicht auf sich beruhen lassen und sind auch schon die entsprechenden Schritte gethan, um die Beteiligten eines Besseren zu belehren, was um so notwendiger ist, als nach der hier befolgten Grundsätzen der erste Absatz des § 9 des Reichswahlgesetzes, wonach die Wahlhandlung, sowie die Ermittelung des Wahlergebnisses öffentlich sind, für den größten Teil der Reichstagswähler illusorisch sein würde. Nach dem obenerwähnten Urteil steht nämlich den Wahlvorstehern das Recht zu, von jeder im Wahllokale anwesenden Person den Nachweis zu fordern, daß sie wahlberechtigt sei und gehört hierzu — nach dem Urteil — auch der Beweis der Identität der erschienenen Person mit der in der vorgelegten Bescheinigung namhaft gemachten Person. Ein solcher Grundsatz in die Praxis übersetzt, würde aber schließlich den Wert aller schriftlichen Legitimation in Frage stellen und wohin das führen müßte, werden sich unsere Leser selbst sagen. Um den Mißbrauch mit den etwa hier in Frage kommenden Legitimationen zu ahnden, bietet das Strafgesetzbuch jedenfalls Handhaben genug; wo aber ein solcher nicht erwiesen ist und nicht erwiesen werden kann, müssen wir entschieden dagegen protestieren, daß die gesetzlich garantierte Oeffentlichkeit des Wahlaktes in der Weise beeinträchtigt wird, wie es nach diesem Urteil möglich wäre.

Giebichenstein. In der gestern abend in der „Saalschloß-Brauerei" abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung des Konsum-Vereins für Giebichenstein und Umgegend wurde mit großer Majorität der Beschluß gefaßt, zum 1. Februar in Halle a. S. in der Nähe der glaucharschen Kirche eine Filiale obengenannten Vereins zu eröffnen. Im Laufe der Diskussion wurde zwar von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß die Zahl der bis jetzt abgegebenen Erklärungen im Verhältnis noch gering, doch wurde angenommen, daß bis zur Eröffnung der Filiale noch viele dem Konsum-Vereinswesen freundlich Gesinnte ihre Erklärung zum Beitritt abgeben würden. Unter Verschiedenem wurden noch einige geschäftliche Angelegenheiten erörtert. Die Zahl der Mitglieder des am 1. Oktober v. J. ins Leben getretenen Konsum-Vereins beträgt jetzt 256 und hoffen wir, daß sich die in Halle zu errichtende Filiale bald einer gleichen Anzahl Mitglieder erfreuen wird. Anmeldungen zum Beitritt werden jederzeit von H. Benthin, Genossenschafts-Buchdruckerei angenommen, sowie Beitritts-Erklärungen daselbst ausgegeben.

Trotha. In dem Pferdestalle des Oekonom L. Brömme entstand gestern ein Brand dadurch, daß Kinder mit Streichhölzern daselbst spielten. Zum Glücke konnte das Feuer gelöscht werden, ehe es die in der Nähe lagernden Strohvorräte ergreifen konnte.

Querfurt. Am Sonntag den 14. Januar hielten die hiesigen Freisinnigen eine öffentliche Volksversammlung in dem hiesigen Rathaussaale ab. Büreauwahl sowie Diskussion wurde nicht gestattet. Das Referat hatte Dr. Fränkel aus Weimar übernommen. Derselbe ist hier noch bekannt von der letzten Wahl. Er sprach über die Steuervorlagen und bemerkte, daß es sehr leicht möglich sei, daß der Reichstag wieder aufgelöst werde und daß die freisinnige Partei listen und den Merseburg-Querfurter Wahlkreis, welchen er als eine Hochburg des Freisinns bezeichnete, halten müsse. Daß der Wahlkreis nur mit Hilfe der Sozialdemokraten den Freisinnigen erhalten blieb, sowie daß diese zum Teil mit schuld an den jetzigen Verhältnissen sind, davon erzählte er nichts. Die Sozialdemokraten erwähnte der Redner sehr wenig, höchstens in einem schlechten Witze, was ihm deshalb auch sehr gut gelang, da die Versammlung von ¼ Landleuten besucht war. Wir wollen hoffen, daß wir auch bald eine Versammlung abhalten können, um damit den Herren zu zeigen, daß wir noch auf dem Plane sind und ihnen bei einem bevorstehenden Kampfe das Leben schwer machen werden.

Vereine, Versammlungen etc.

Halle. In der am 14. Januar cr. bei Streicher abgehaltenen Quartals-Versammlung der Zentral-Krankenkasse der Maurer „Grundstein zur Einigkeit" gedachte zuerst vor Eintritt in die Tagesordnung der Bevollmächtigte, Kollege Blat, des verstorbenen Mitgliedes Jäger, und erhoben sich die Anwesenden zum Andenken desselben von ihren Plätzen. — Nach Verlesung des Protokolls von letzter Versammlung verlas der Kassierer die revidierte Abrechnung vom letzten Quartal. Dieselbe ergab eine Einnahme von 1488.44 M.; demgegenüber stellt sich eine Ausgabe von 1357.66 M.; es bleibt somit ein Bestand von 130.78 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des letzten Jahres 171. Im Anschlusse hieran erfolgte die Verlesung der Abrechnung der Frauensterbekasse. Da gegen die Abrechnungen selbst nichts vorgebracht wurde, erteilte der Bevollmächtigte dem Kassierer Entlastung. An Stelle des Revisors Kohlhardt, welcher abgereist ist, wurde der Kollege A. Drunk gewählt. Im Verschiedenen berichteten der Bevollmächtigte und der Kassierer über das verflossene Geschäftsjahr, deren Ausführungen wir folgende Zahlen entnehmen. Die Gesamteinnahme betrug inklusive des Bestandes vom 1. Januar 1893 von 312.28 M. und eines Zuschusses von 400 M. aus der Hauptkasse 4813.08 M., demgegenüber stellt sich eine Ausgabe von 4682.30 M., ergiebt baren Kassenbestand (wie oben) 130.78 Mark. Für die seit dem 1. Januar 1893 nach dem Gesetz von der Kasse zu leistende freie Medizin und ärztliches Honorar ergaben sich folgende Zahlen. Aerztliches Honorar wurde gezahlt 514.90 M., ergiebt im Durchschnitt pro Mitglied und Jahr für Arzt und Medizin und sonstige Heilmittel 361.83 M., das ist pro Kopf rund 1.90 M. Es ergiebt sich sonach pro Mitglied und Jahr für Arzt und Medizin 4.61 M. Die Mitgliederzahl ist im Durchschnitt auf 190 berechnet. An Krankengeld wurden gezahlt an Mitglieder der II. Klasse 2334.25 M., an solche der III. Klasse 620.60 M., in Summa 2954.85 M.; macht pro Mitglied und Jahr 15.55 Mark. Im Jahre 1892 konnten der Hauptkasse 500 M. überwiesen werden, in diesem Jahre weist die Kasse am Orte ein Defizit von 381.50 Mark auf. Erkrankt sind im verflossenen Jahre 108 Mitglieder, welche insgesamt 1860 Krankheitstage auf sich vereinigen, dies sind für jedes erkrankte Mitglied im Durchschnitt 17¼ Tag, für die Gesamtmitglieder pro Kopf 10 Tage. Hinzu kommen noch 63 erwerbsfähige Kranke. Im Jahre 1892 ergab die Krankenliste 96 Erkrankungen mit 1050 Krankheitstagen; es ergiebt sich sonach gegen das letzte Jahr ein Weniger von 710 Krankheitstagen. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1892 215, am Schlusse des Jahres 1893 171. Es sind sonach im Laufe des Jahres ausgetreten sowie ausgeschlossen 44 Mitglieder. Gestorben sind 2 Mitglieder. An der sich hieran schließenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen und wurde hauptsächlich der finanzielle Stand der Kasse, sowie die zu stellenden Anträge zu der in diesem Jahre stattzufindenden Generalversammlung der Delegierten besprochen. Einen weiteren Beitrag zur Illustration der Handhabung des Unfallversicherungsgesetzes von seiten der Regierung und der Unfallberufsgenossenschaften lieferte Kollege Streicher, indem er an der Hand von Beweisen die Behauptung aufstellte, daß unbedingt die Aerzte von oben herab veranlaßt seien, keinem von Unfall betroffenen Arbeiter auf sein Ansuchen ein ärztliches Attest über den Grad seiner Erwerbsunfähigkeit auszustellen; es sei denn, daß sie von der Behörde dazu veranlaßt wurden. Ein derartiges Verfahren, wenn es sich bewahrheiten sollte, ist überhaupt nicht mit Worten zu bezeichnen und gereicht wirklich dem Stande der Aerzte nicht zur Ehre; denn dem verunglückten Arbeiter ist hiermit die letzte Hoffnung genommen, irgend wie zu seinem Recht resp. zu der ihm nach dem Gesetz zustehenden Rente zu gelangen. Was die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften, sowie deren Heilanstalten — im Volksmunde Folterkammern genannt, wenigstens einige stehen in einem üblen Geruch — anbetrifft, so wissen die Verunglückten davon ein Liedchen zu singen. Kollege Emmer beantragte denn auch, die Delegierten des Krankenkassenverbandes zu beauftragen, in ihrer nächsten Sitzung die Angelegenheit zu besprechen und zu untersuchen, eventuell mit den Kassenärzten zu unterhandeln. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 16. Januar. In der heutigen Schwurgerichtssitzung hatte sich in der ersten Sache der 23jährige Arbeiter Friedrich Karl Mehlig aus Giebichenstein, geboren zu Halle, wegen versuchter räuberischer Erpressung auf einem öffentlichen Wege zu verantworten. Der noch jugendliche Angeklagte, ein schon mehrfach wegen Körperverletzung und Diebstahls vorbestrafter, auch schon einmal vom hiesigen Schwurgericht abgeurteilter Mensch, hatte das ihm jetzt zur Last gelegte Verbrechen am 31. Juli v. J. an der unverehel. Luise Krause zu Giebichenstein verübt. Der Angeklagte pflegte im Laufe des vorigen Sommers mit der Krause ein Liebesverhältnis, welches ziemlich vertraulich war, später aber wieder zum Bruch gekommen ist. Als jenes Mädchen am Abend des 31. Juli aus ihrer Arbeitsstätte, der Spinnerei in Giebichenstein, kam, wurde sie vom Angeklagten in der Nähe der Giebichensteiner Apotheke erwartet und seitens desselben zu ihm gerufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940118-16/fragment/page=0003

Erst nach wiederholtem Anrufen näherte sich die Kraufe dem Angeklagten, der dann mit dem Verlangen an sie herantrat, ihm zu einer Reise nach Weimar 2 M. zu borgen. Diesem Ersuchen gegenüber verhielt sich die Kraufe aber ablehnend und ging ihren Weg dem Schlittenberge zu. Der Angeklagte begnügte sich aber nicht mit einem solchen Bescheide, sondern ging der Kraufe nach mit den Worten: „Wenn Du mir die 2 M. nicht giebst, dann breche ich Dir das Genick entzwei! Merke Dir das! Kriege ich das Geld nicht, oder Du zeigst mich an und ich bekomme wegen Dir Strafe, dann schlage ich Dich zum Krüppel, und Du bist vor mir nicht mehr sicher!“ Währenddem der Angeklagte diese Drohungen ausstieß, griff er der Kraufe mit der einen Hand nach der Brust und schlug sie wiederholt mit der Faust auf den Kopf und ins Gesicht, so daß dem Mädchen die Lippen bluteten und das Gesicht angeschwollen war. Ein anderes, mit der Kraufe von der Spinnerei kommendes Mädchen, welches den Angeklagten wegen seiner verübten Roheit zur Rede stellte mit dem Bemerken, doch das arme Mädchen gehen zu lassen, wurde darauf vom Angeklagten noch mit Schimpfworten belästigt. Der Angeklagte versuchte heute die Sache so zu drehen, als hätte er sich der Kraufe gegenüber nur einer Mißhandlung schuldig gemacht, indem er behauptete, das von der Kraufe geforderte Geld rechtmäßig zu verlangen gehabt zu haben. Währenddem er aber früher, in der Voruntersuchung, erklärt hatte, er habe das von der K. geforderte Geld derselben früher geliehen, gab er heute andere Motive — die in sittlicher Beziehung für die K. recht verdächtigend waren — für seine angeblich rechtliche Forderung an. Die Vernehmung der Zeugin K. erfolgte deshalb auch unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Aus der übrigen Beweisaufnahme ging hervor, daß der Angeklagte sich bei dem sträflichen Vorgang sehr roh betragen hatte; es wurde bekundet, daß er die K. rechts und links ins Gesicht geschlagen, daß die Nase blutete und ein Ohrring zerriß. Am Sonntag vor der That ist der Angeklagte mit der Kraufe noch im Walhallatheater gewesen, und am Dienstag den 1. August ist er, um Arbeitsgelegenheit zu suchen, nach Weimar gereist. Als er am 13. September hier wieder aufmachte, wurde er verhaftet. Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch den Ersten Staatsanwalt Herrn Götze, plaidierte in längeren Ausführungen für die Schuld des Angeklagten unter Verneinung mildernder Umstände, und meinte, daß es für erwiesen zu erachten sei, daß der Angeklagte versucht hat, durch Gewalt gegen eine Person, und unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, und daß derselbe deshalb wegen versuchter räuberischer Erpressung zu bestrafen sei. Die Verteidigung, Herr Rechtsanwalt Bolze, versuchte nachzuweisen, daß jene Strafthat nicht vorliege und plaidierte bei event. Bejahung der Schuldfrage für Bewilligung mildernder Umstände. Der Spruch der Geschworenen lautete auf schuldig unter Verneinung mildernder Umstände, worauf die Staatsanwaltschaft eine Zuchthausstrafe von 3 Jahren nebst Ehrverlust von gleicher Dauer und Polizeiaufsicht beantragte. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf das Vorleben bezüglich seiner Vorstrafen, wodurch er sich bis dato nicht gebessert habe, und in Erwägung, daß er der Wahrheit nicht die Ehre gab, auf die beantragte Strafe nebst 5 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Der Angeklagte nahm das Urteil mit ziemlicher Gleichgültigkeit an.

Zur zweiten Sache, Sittlichkeitsverbrechen betreffend, erschien als Angeklagter der Hausdiener Wilhelm Baumfeld aus Roitzsch bei Bitterfeld, geb. zu Gröbzig, 20 Jahre alt. Die Verhandlung entzog sich der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Angeklagte in zwei Fällen des Sittlichkeitsverbrechens nach § 176. Abs. 3 des Str.-G.-B. Vornahme unzüchtiger Handlungen an Personen unter 14 Jahren) und in einem Falle des Verbrechens nach § 177 des Str.-G.-B. (Notzucht) für schuldig befunden, und deshalb unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2½ Jahren Gefängnis nebst 3 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten wurden mildernde Umstände bewilligt, in Erwägung des Vertrauensmißbrauchs ist aber auf das hohe Strafmaß erkannt worden.

Aus dem Reichsgericht.

[Nachdruck verboten.]

Leipzig, 15. Januar. (Daß die Kritik eines richterlichen Urteils) nicht immer unbedenklich ist, wird der Redakteur der „Rheinisch-westfälischen Arbeiterzeitung“, Johann Block in Dortmund noch erfahren müssen. Das dortige Landgericht hat ihn zwar am 11. Oktober freigesprochen, aber das Reichsgericht hat heute auf die Revision des Staatsanwalts das freisprechende Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. Es handelte sich um einen Artikel mit der Ueberschrift „Richterliche Ungebühr“. Darin war mitgeteilt worden, daß vom Schöffengericht in Ahmenau am 9. Februar drei Fortbildungsschüler wegen Besuches einer sozialdemokratischen Versammlung auf Grund einer Ministerialverordnung zu je drei Tagen Haft verurteilt worden seien. Auch die Begründung dieses Urteils wurde mitgeteilt. In derselben kamen nun allerdings Ausdrücke vor, die nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Anhängern anderer Parteien auffällig erscheinen können. So war u. a. von einem zuchtlosen, frechen Gesindel die Rede, welches heranwachse und dessen die Sozialdemokratie zur Verwirklichung ihrer Zukunftspläne bedürfe. In dem zweiten Teile des Artikels wurde nun an diesem Urteile eine scharfe Kritik geübt, durch welche sich der betr. Amtsrichter und die Schöffen beleidigt fühlten. Das Landgericht erkannte auf Freisprechung, weil es dem Angeklagten den Schutz des § 193 Wahrnehmung berechtigter Interessen) zubilligte und der Ansicht war, daß weder aus der Form noch aus den Umständen die Absicht der Beleidigung sich ergebe. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wandte sich gegen die Auffassung, als ob der Angeklagte aus dem Umstande, daß er Sozialdemokrat und Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung ist, die Berechtigung ableiten könne, solche Tendenzen in der Presse zu verteidigen und dabei andere Personen straflos zu beleidigen. — Der Vertreter der Reichsanwaltschaft war der gleichen Meinung und verwies auf die wiederholt vertretene Ansichnung, daß ein Redakteur keine weitergehende Berechtigung als jede Privatperson habe und daß nicht jeder Genosse einer Partei den Schutz des § 193 genieße, wo es sich um irgend welche allgemeinen Interessen dieser Partei handle. Diesen Schutz könne ein solcher nur dann zugebilligt erhalten, wenn es sich um Interessen handle, die ihr besonders nahe angehen und für deren Wahrnehmung ihm nach billigem Ermessen ein berechtigtes Interesse zuzusprechen sei. — Das Reichsgericht schloß sich diesen Ausführungen an, und erkannte, wie oben angegeben, auf Aufhebung des Urteils.

Nah und Fern.

* **Was Anstoß erregt.** Auf das Grab eines sozialistischen Steinträgers, der vor einigen Tagen in Spandau beerdigt wurde, hatten Gesinnungsgenossen Kränze mit roten Schleifen niedergelegt. Letztere sind nun, weil sie „Anstoß“ erregten, nachträglich durch Polizeibeamte entfernt worden. Was für ..... mögen das gewesen sein, die an der roten Farbe Anstoß genommen haben?

* **Aus der „besseren“ Gesellschaft.** Wien, 15. Januar. Gestern früh um halb 4 Uhr kam es zwischen drei Offizieren und fünf jungen Männern des Zivils zu einem Renkontre, in dessen Verlauf ein junger Mediziner durch einen von einem Offizier geführten Säbelhieb am Kopfe anscheinend nicht schwer verletzt wurde. Zur erwähnten Stunde schritten drei Offiziere, ein Oberleutnant des hier garnisonierenden bosnisch-herzegowinischen Regiments, dann zwei Artillerie-Offiziere, ein Oberleutnant und ein Leutnant durch die verlängerte Johannesgasse, von der Stadt kommend, dem Heumarkt zu, als fünf junge Männer, ein Hörer der Medizin, Namens Rudolph Rauscher, dann ein Jurist, zwei Magistrats-Beamte und ein Privatier, den Offizieren entgegenkamen und dieselben angeblich anrempelten. Die Offiziere stellten hierauf die jungen Leute zur Rede und es kam zu sehr lärmenden Auseinandersetzungen, in deren Verlauf der Offizier des bosnisch-herzegowinischen Bataillons und der Artillerie-Oberleutnant die Säbel zogen und einer der beiden — es konnte noch nicht festgestellt werden, welcher es war — einen Hieb gegen den Kopf des Mediziners Rauscher führte. In diesem Augenblicke waren, durch den Lärm aufmerksam gemacht, Sicherheitswachleute und Passanten herbeigeeilt, welche die Streitenden von einander trennten und weiteres Blutvergießen verhinderten. Die Wachleute nahmen den Offizieren das Nationale ab und führten die fünf jungen Leute zur Polizei, woselbst mit denselben ein Protokoll aufgenommen wurde. Von dem Vorfalle wurde noch im Laufe des gestrigen Morgens das Platzkommando verständigt. Nach der ersten Einvernahme konnte es noch nicht mit Bestimmtheit festgestellt werden, welcher von beiden Teilen der provozierende gewesen war.

An die Arbeiter von Giebichenstein.

Werte Parteigenossen!

Ein neues, eben erst angefangenes Jahr liegt vor uns, ein Jahr, welches wie das vergangene, ebenfalls die ganze Kraft, die den Genossen zur Verfügung steht, fordert, um in der Partei sowohl im allgemeinen wie am Orte selbst mit verstärktem Opfermut und Begeisterung für die gerechte Sache des arbeitenden Volkes einzutreten.

Wir richten deshalb an alle diejenigen, welche sich berufen fühlen, am Kampfe für die Befreiung der arbeitenden Klasse vom Joche des Kapitals mitzuwirken, die Aufforderung, in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft, für Giebichenstein und Umgegend in den sozialdemokratischen Verein für Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha einzutreten. Derselbe hat sich nicht nur zur Aufgabe gemacht, seine Mitglieder über allgemeine Tagesfragen zu unterrichten, sondern bezweckt hauptsächlich die Bildung derselben, das tiefere Eindringen in die Wissenschaft des Sozialismus, sowie auch die Erörterung kommunaler Angelegenheiten, um den Arbeitern, welche nach der neuen Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 zur 3. Wählerklasse gehören, dadurch ihnen zustehende Recht, Vertreter in die Gemeindevertretung zu wählen, zu sichern.

Bekanntlich scheidet nach dem Gesetz alle zwei Jahre ein Drittel der Vertreter aus der Gemeindevertretung aus und zwar das erste Drittel am 1. April d. J. Mithin haben die Neuwahlen gesetzlich im Monat März stattzufinden.

Es ist deshalb schon jetzt Eure Pflicht, Wähler der 3. Klasse, Euch darüber zu unterrichten, ob Euer Name in den Wählerlisten, welche **nach § 56** der Landgemeindeordnung **vom 15. bis 30. Januar cr.** ausliegen **müssen, verzeichnet ist.** Dieselben liegen im Amtshause aus und kann nötigenfalls jeder Stimmberechtigte gegen die Richtigkeit der Liste bei dem Gemeindevorsteher Einspruch erheben. Ueber die Berechtigung zur Wahl selbst, sowie über die weiteren Maßnahmen werden wir in den nächsten Tagen an dieser Stelle weiteres mitteilen; wie auch am nächsten Donnerstag im sozialdemokratischen Verein für Giebichenstein ꝛc., welcher bei Gen. Plorin tagt, das Weitere besprochen wird.

Das hier Angeführte gilt auch für die Arbeiter von Kröllwitz und Trotha.

Also auf! Arbeiter, Parteigenossen! Wer mit eintreten will für die Verbesserung der Lage am Orte, um mit der Vetternwirtschaft aufzuräumen, der trete ein in die Reihen der Kämpfer, der schließe sich der Organisation am Platze, dem sozialdemokratischen Verein an und besuche dessen Versammlungen, damit bei der nächsten Wahl unsere Vertreter als Sieger aus der Wahlurne hervorgehen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins für Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha.

Merseburg.

Freiwillige Beiträge gingen ein: Schafkopf b. Sieler 70 Pf. — Amerik. Auktion b. Bischoff 1.13 M. — Schafkopf im Schützenhaus 76 Pf. — Amerik. Auktion b. Sack 2.05 M. — Ein vermißter Laisch 51 Pf.

Der Vertrauensmann.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 16 Januar.

Eheschließungen: Der Stations-Vorsteher a. D. Paul Wolff und Katharina Krüger (Schillerstraße 20 und Dresden). Der Direktor der Spar- und Vorschußbank Friedrich Albrecht und Anna Rawald (große Ulrichstraße 62 und Schillerstraße 10).

Geboren: Dem Hilfswichensteller Louis Hartung ein S., Hermann Otto (Bahnhofstraße 5). Dem Kalkulatur-Assistent Reinhold Meißner eine T., Rosine Charlotte (Schweischkestraße 2). Dem Maurer Karl Schütze eine T., Minna Franziska (Königstraße 17). Dem Klempner Alwin Schondorf ein S., Johannes Heinrich Alwin (Augustastraße 6). Dem Handarb. Louis Schmidt ein S., Karl Wilhelm Louis (Weingärten 25). Dem Maurer Hermann Voigt ein S., Alfred Walther (Hirtenstraße 13). Dem Tapezierer und Dekorateur Karl Schwalbe ein S., Arthur Karl Heinrich (Mansfelderstraße 4). Dem Tischler Guido Ahnert eine T., Emma Fanny Gertrud (große Wallstraße 40). Dem Handarbeiter Wilhelm Baasch ein S., Theodor Kurt (Hirtenstraße 9). 1 unehel. T.

Für die Redaktion verantwortlich **Richard Illge** in Halle.

Sozialdemokratischer Verein für Giebichenstein, Kröllwitz und Trotha.

Donnerstag den 18. Januar abends 8 Uhr in der Schladebacher Bierhalle (Plorin)

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag über „Die Entwickelung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“. Ref.: Genosse **R. Illge.** 2. Kassenbericht und Wahl dreier Revisoren. 3. Kommunale Angelegenheiten und Verschiedenes.

Der Wichtigkeit der Tagesordnung entsprechend, werden die Genossen ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. **Der Vorstand.**

Das neue Heilverfahren.

Lehrbuch der naturgemäßen Heilweise und Gesundheitspflege. Von **F. C. Bitz.**

Prachtband 6.50 Mk.

Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung** Bölbergasse.

R. Gottschalcks

Masken- und Theater-Garderoben-Verleih-Institut

kl. Ulrichstraße 25, I

hält einem geehrten hies. zu. auswärtigen Publikum seine reichhaltige Auswahl neuer **feiner Herren- und Damen-Masken-Kostüme** bei solider Preisstellung bestens empfohlen.

Kaffees

vorzüglich im Geschmack zum Preise von 1.50, 1.60, 1.80, 1.90 u. 2 ℳ p. Pfd.,

Malzkaffee (gebrannter Weizen) per Pfd. 25 ₰,

gebranntes Korn per Pfd. 20 ₰ empfiehlt

W. Dudenbostel, Breite- u. Laurentiusstraßen-Ecke.

Ambulatorium für Krankheiten der Haut und der Harnwege

grosse Steinstrasse 77/78, I. Etage (Lippertsche Buchhandlung).

Unentgeltliche Sprechstunde für Unbemittelte: **8—10 Uhr.**

Privatdozent Dr. med. **E. Kromayer.**

Lederfett

a Schachtel 10 ₰.

Georg Zeising, Drogenhandlg.

Abbruch!

Kl. Brauhausgasse 7, neben Neubau, sind Thüren, Treppen, Dachziegel, Nutz- u. Brennholz, Bruch- u. Mauersteine billig zu verkaufen.

Pa. gr. Schnittbohnen

im ganzen und im einzelnen hat **billigst** abzugeben

Karl Höfer, Markt 13.

ff. gebr. Weizen und Gerste

a Pfund 20 ₰,

Hamburger Schmalz

a Pfund 56 ₰,

ff. Nordhäuser

a Liter 60 ₰,

ff. türkische Pflaumen

a Pfd. 25, 30 und 40 ₰,

ff. Preisselbeeren mit Zucker

a Pfund 30 ₰ empfiehlt

A. Trautwein,

gr. Ulrichstraße 31.

Großen und kleinen **Hecksauer** bill. zu verkaufen **H. Raute,** Neilstr. 13.

Stadt-Theater in Halle a. S.

Donnerstag den 18. Januar.

121. Vorstell. 91. Abonnem.-Vorstellung.

Anfang 7½ Uhr. — Ende gegen 10 Uhr.

Farbe **blau.**

Das Heiratsnest.

Lustspiel in 3 Akten von Gustav Davis.

Personen:

Matthäus v. Grodické, Oberst und Kommandant eines Ulanenregiments . . . Hans Schreiner.
Oberleutnant Viktor Wranow, Regiments-Adjutant . . . Ewald Bach.
Rittmeister v. Dersling Ferd. Rinald.
Bürgermstr. Stominski Fr. Küsthardt.
Ludovika, seine Frau . Emeline Kreuzer.
Stasi, deren Tochter . Rosa Einöder.
Notar Buschner . . . Max Rohrmann.
Leonie, seine Frau . . Therese Haller.
Frieda, deren Tochter . M. Brzycka.
Bialkonski, Gutsbesitzer u. General im Ruhestand . . . . . Albert Kühne.
Klotilde, seine Frau . Helene Orla.
Helene, deren Tochter . Fanny Wagner.
Emmy, deren Tochter . Jenny Schneider.
Von Lipowski, Gutsbesitzer . . . . Julius Haller.
Baronin Hilda von Sorner . . . . A. Rinald-Pauli.
Frau Euphrosine Kohlbeck, Wirtin z. Rössel Anna Lisse.
Stanislaus, Diener beim Oberst . . . Ad. Schumacher.
Anton, Diener bei Dersling . . . . . Georg Köhler.
Alois, Kellner . . . Cäsar Markgraf.
Kathi, Stubenmädchen Johanna Platt.
Der Lohndiener . . . Peter v. Halfer.
Martin, Diener beim General Bialkonski . Richard Ebert.

Ort der Handlung: Deutsch-polnische Provinzialstadt.

Zeit: Gegenwart.

Nach dem 2. Akte Pause.

Freitag den 19. Januar.

122. Vorst. 31. Vorst. **außer Abonnem.**

Zweites u. letztes Gastspiel von Cavaliere Leone Fumagalli vom kgl. Argentina-Theater in Rom.

Sizilianische Bauernehre.

(Cavalleria Rusticana).

Oper in 1 Aufzug. Dem gleichnamigen Volksstück von G. Verga entnommen von G. Targioni-Tozetti u. G. Menaci.

Hierauf:

Der Bajazzo.

Oper in 2 Akten und einem Prolog. Dichtung und Musik von Leoncavallo. Deutsch von Ludwig Hartmann.

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Subert.

Neuer Spielplan!

Die **Frikasche Ballet-Gesellschaft** (neun Damen). — **Brothers Paxton,** Bronze-Gladiatoren. — Mr. **Alberti** und **Tochter,** gymnastisch-equilibristische Parterre-Akrobaten. Die beiden **Schwestern Ferno,** Kunstfechterinnen. — **Little Albertina,** Luft-Gymnastikerin am Riesen-Apparat. — Fräulein **Lilly Wallau,** Liedersängerin und Kostüm-Soubrette. — Hr. **Carl Ewald Schlosser,** Gesangs- und Charakter-Humorist.

Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.

Wintergarten-Theater.

Allabendlich Künstler-Vorstellungen.

Von Dienstag den 16. d. Mts. ab

Neues Programm.

Frl. **Kathi Malten,** Wiener Kostüm-Soubrette. — Mlle. **Celina Delepierre,** Violin-Virtuosin. — **Frères Bobé,** preisgekrönte Reckturner. — Frl. **Ella Wolff,** Instrumentalistin. Opernsänger **Luh** (Bassist). — **Grunatho-Troupe,** Parterre-Akrobaten, (besond. Lawinensturz). — **Pauly,** Tier- u. Vogelstimmen-Imitator. — **Peterra,** Physiognomiker. — Opernsänger **Assmann** (Tenor). — **Kugler,** Gesangshumorist. — Miss **Ady Baring** u. Mr. **Paulus,** Gedankenleser. — Signorina **Doretta,** Drahtkabel-Tänzerin und Voltigeuse.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Preise der Plätze an Wochentagen: Saalbillet 50 Pfg., Parquet 75 Pfg., Orchesterplatz 1 M.

An Sonn- und Festtagen: Saalbillet 50 Pfg., Parquet 1 M., Orchesterplatz 1.50 M.

Die Direktion.

Restaur. Burgliebenau

Liebenauerstr. 15.

Donnerstag

gr. Narrenfest.

Kaiser-Panorama

Bernburgerstraße Nr. 29.

Diese Woche bis Sonnabend

Feldzug 1870/71.

Aufnahme während u. nach dem Gefechte. Geöffnet von früh 10 bis abends 10 Uhr.

Entree 25 Pf., Kinder 15 Pf.

Blumenthalstr. 23.

Donnerstag

Schlachtefest.

Wilh. Engel.

Donnerstag

Schlachtefest.

Aug. Grenzdörfer, Bölbergerweg.

Leistungsfähig. Komiker

empfiehlt sich Gastwirten und Vereinen

Otto Schirm, Thorstr. 21, III.

Eine anst. Frau sucht Beschäft. i. Wäsche u. and. Arbeiten gr. Schloßgasse 9, II.

Kräft. Junge, 12 J., i. auß. d. Schulst. Stelle z. Wegegehen Trödel 20, part.

Einen **Lehrling** sucht unter günstigen Bedingungen **Wilh. Reinhardt,** Barbier, Kröllwitz.

Robert Baufeld

Leihanstalt für Theater- und Maskenkostüme.

Schkeuditz-Leipzig-Neustadt, Eisenbahnstraße 61.

Gebr. Pelz zu kaufen gesucht Friesenstraße 2, im Keller.

Wäsche zum Glanzplätten wird angenommen Fr. Arnold, Thorstr. 20, II r.

Zwei Wohnungen für 45 u. 28 Thlr. zum 1. April zu verm. Diemitz 45 c.

Freundliche Wohnungen für 36 Thlr. zu vermieten Giebichenst., Augustsr. 1, p.

Eine Wohnung, St., K., K. u. Zub., an ruh. Leute zu verm. Augustsr. 62, II.

Wohnungen für 34 und 36 Thlr. zu vermieten Giebichenst., Eichendorfstr. 9.

Anst. Leute suchen Hausmannswohn. Zu erfragen III. Vereinsstraße 4.

Kleine Stube für einzelne Person für 12 Thlr. zu verm. Bäckerstraße 4.

Klemmer verloren gegangen. Abzug. Schweickhestr. 9, I l.

Durch die Geburt eines kräft. Proletariers wurden hocherfreut

Bruno Zetzsche und Frau.

Todes-Anzeige.

Am Montag abend 11 Uhr entschlief nach schwerem Leiden unser kleines liebes **Lottchen.**

Dies zeigen tiefbetrübt an

Karl Schumann und Familie.

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 3 Uhr vom Trauerh. Zwingerstr. 30 statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G. m. b. H.), Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218940118-16/fragment/page=0004